

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Filiz Polat (Osnabrück-Land KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 238 bis 248:

~~Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im Inneren ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass mögliche Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht heißen: Niemand kommt mehr rein.~~

Zentrale Bestandteile einer menschenrechtsbasierten Flucht- und Migrationspolitik sind die Gewährleistung eines sicheren Zugangs zu einem fairen, regulären, nach völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Die Aufnahme und Erstversorgung an den Außengrenzen darf für die Geflüchteten nicht zur Sackgasse in Massenlagern werden. Die Voraussetzung für einen funktionierenden solidarischen Verteilmechanismus ist eine vertrauensvolle und solidarische Kooperation aller Mitgliedsstaaten. In den vergangenen Monaten haben wir mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Deutschland mit denen die Einreise von Geflüchteten aus Ungarn und Österreich gestoppt und andere EU-Mitgliedstaaten unter Druck gesetzt werden sollen, genau das Gegenteil erlebt. Dieser Angriff auf den Schengener Grenzkodex hat längst einen Domino-Effekt in Europa ausgelöst.

Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt. Die massive Aufstockung von Frontex im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens für Hochrüstung der Außengrenzen, sowie die Ausbildung von Milizen und fragwürdigen Sicherheitskräften müssen wir entschieden entgegentreten und stattdessen beispielsweise in das Aufnahmemanagement und die Integration der Geflüchteten (AMIF) investieren.

~~Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt einer einseitigen Aufrüstung von Frontex.~~ Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in ihren Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine

weitere Antragsteller*innen

Astrid Rothe-Beinlich (Weimar-Stadt KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Christian Meyer (Holzminden KV); Christopher Steiner (Hannover RV); Christine Kamm (Augsburg-Stadt KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Bärbel Kraus (Wittmund KV); Georg Berner-Waindok (Wilhelmshaven KV); Markus D. Knudsen (Hamburg-Nord KV); Lars Bethge

(Osnabrück-Land KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Ulrike Seemann-Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Ralph-Edgar Griesinger (Osnabrück-Land KV); Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Benita v. Brackel-Schmidt (Flensburg KV); Nadja Weippert (Harburg-Land KV); Ricarda Lang (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Hans-Joachim Janßen (Wesermarsch KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Erik Marquardt (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Jonathan Sieger (Köln KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Daniel Andreas Lede Abal (Tübingen KV)